



„Werte und Normen“ für die Grundschule?

Der Landtag muss sich erneut mit dieser Frage befassen

Ob das Fach „Werte und Normen“ auch im Primarbereich ordentliches Lehrfach werden soll, wird seit vielen Jahren diskutiert. Eine Gesetzesinitiative zur Einführung hat es bisher nicht gegeben. Nun soll eine Petition des dem Humanistischen Verband nahestehenden Fachverbandes Werte und Normen neuen Schwung in die Diskussion bringen und den Landtag zur Entscheidung drängen.

Die Geschichte des Faches „Werte und Normen“ ist lang und kompliziert. Bereits im Schulgesetz von 1954 findet sich eine Alternative zum Religionsunterricht. Für Schülerinnen und Schüler, die am Religionsunterricht nicht teilnehmen, konnte

religionskundlicher Unterricht als ordentliches Lehrfach eingerichtet werden. Schon damals galt, dass das Fach erst vom 5. Schuljahrgang an angeboten werden konnte.

Von der „Religionskunde“ zu „Werte und Normen“

Im Jahre 1970 verpflichtete sich das Land in einem bis heute unverändert gebliebenen Staatsvertrag mit dem Humanistischen Verband (damaliger Name: Freireligiöse Landesgemeinschaft) darauf bedacht zu bleiben, dass der religionskundliche Unterricht „neben dem Religionsunterricht gleichberechtigt“ erteilt wird. Bei der Zusammenfassung der schulrechtlichen Vorschriften zu einem einheitlichen „Niedersächsischen

Schulgesetz“ im Jahre 1974 hat es der Gesetzgeber für erforderlich gehalten, neben der Anmelde-Alternative Religionskunde eine Pflicht-Alternative für diejenigen Schülerinnen und Schüler zu schaffen, die weder am religionskundlichen Unterricht noch am Religionsunterricht teilnehmen. Ihnen sollten das „Verständnis für die in der Gesellschaft wirksamen Wertvorstellungen und Normen sowie der Zugang zu philosophischen und religiösen Fragen vermittelt“ werden. Auch für die Pflicht-Alternative galt, dass sie erst vom 5. Schuljahrgang an einzurichten war.

Nach dem Inkrafttreten des Schulgesetzes von 1974 zeigte sich bald,

WERTE

dass von der Alternative „Religionskundlicher Unterricht“ praktisch kein Gebrauch gemacht wurde. Er wurde deshalb 1993 – im Einvernehmen mit dem Humanistischen Verband – aus dem Schulgesetz gestrichen, wobei seine Aufgabe, religionskundliche Kenntnisse zu vermitteln, in das neue Ersatzfach „Werte und Normen“ übernommen wurde. Es blieb aber auch 1993 dabei, dass das „ordentliche“ Lehrfach „Werte und Normen“ erst vom 5. Schuljahrgang anzubieten war. Das wurde auch im Jahre 2002 nicht geändert, als die Bestimmungen zur Teilnahmepflicht der Schülerinnen und Schüler neu gefasst wurden (siehe § 128 NSchG).

Heterogene Schülerschaft in der Grundschule

Dass es Veranlassung gibt, über die Einführung des Ersatzfaches „Werte und Normen“ auch im Primarbereich nachzudenken, zeigt ein Blick auf die Religionszugehörigkeit der Grundschülerschaft. Nach der Statistik des Kultusministeriums sind von den insgesamt knapp 280.000 Schülerinnen und Schülern 44,3 % evangelisch, 16,9 % katholisch und 7,5 % muslimisch. Auf „sonstige“ Konfessionen entfallen 5,1 %, 26,1 % der Schülerinnen und Schüler sind konfessionslos. Dass trotz der

hohen Zahl der Konfessionslosen 90,7 % der Grundschülerschaft an einem (evangelischen, katholischen oder muslimischen) Religionsunterricht teilnehmen, dürfte in erster Linie damit zusammenhängen, dass Eltern mit dem „Ersatz“ (z.B. Unterbringung in einer Nachbarklasse) unzufrieden sind, den die Schule ihren vom Religionsunterricht abgemeldeten Kindern anbietet, wenn „Reli“ auf dem Stundenplan steht. Hinzu kommt, dass der zwischen der evangelischen und der katholischen Kirche vereinbarte „konfessionell-kooperative Religionsunterricht“ auch für solche Eltern wohl noch akzeptabel ist, die dem konfessionellen Religionsunterricht im engeren Sinne kritisch gegenüberstehen. Der „konfessionell-kooperative Religionsunterricht“ wird immerhin von 25,1 % der Schülerinnen und Schüler besucht. 25.770 (9,3 %) Schülerinnen und Schüler nehmen an keinem der möglichen Religionsunterrichte teil (Stand: 15.9.2015).

Erörterung auf Fachebene?

Im Niedersächsischen Landtag ist in jüngster Zeit die Einführung des Faches Werte und Normen auch für die Schuljahrgänge 1 bis 4 zweimal thematisiert worden. Im November 2013 hatten Abgeordnete der FDP-Fraktion nach entsprechenden Planungen der Landesregierung gefragt. Diese ließ in ihrer Antwort wissen, dass eine mögliche Einführung in der Grundschule „zurzeit“ auf „Arbeitszebene“ mit den betroffenen Religionsgemeinschaften, aber auch mit den Weltanschauungsgemeinschaften „erörtert“ werde (Land-

tagsdrucksache 17/1064). Eine im September 2015 gestellte Nachfrage der FDP-Abgeordneten wurde nahezu gleichlautend beantwortet: Erörterung auf „Fachebene“ mit den betroffenen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (Landtagsdrucksache 17/4427). Über bereits vorliegende Ergebnisse der seit 2013 andauernden „Erörterung“ ist bislang nichts bekannt geworden. Der Humanistische Verband Niedersachsen, der sich als „Weltanschauungs- und Interessengemeinschaft areligiöser und konfessionsfreier Menschen“ versteht, ist nach eigener Aussage nicht an den „Erörterungen“ beteiligt worden.

Neue Impulse durch Landtagspetition

Der Landtag wird sich erneut mit der Einführung von Werte und Normen als ordentliches Unterrichtsfach im Primarbereich zu befassen haben, wenn ihm die Petition vorliegt, die vom „Fachverband Werte und Normen – Ethische und Humanistische Bildung in Niedersachsen e.V.“ auf den Weg gebracht werden wird. Zurzeit sucht der Fachverband noch Unterstützerinnen und Unterstützer für die Eingabe an den Landtag (www.fv-wun.de). Die Chancen, dass eine Mehrheit der Abgeordneten die Petition unterstützt und sie der Landesregierung „zur Berücksichtigung“ überweist, stehen nicht schlecht. Eine ähnliche, ebenfalls auf die Einführung von Werte und Normen im Primarbereich zielende Eingabe war im Jahre 2005 von Sprechern der damaligen Oppositionsfractionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen unterstützt worden. Die beiden heutigen Regierungsfractionen werden sich kaum auf eine Ablehnung einlassen können. Wie sich die heutigen Oppositionsfractionen von CDU und FDP verhalten werden, ist noch nicht erkennbar, von der FDP-Fraktion kann erwartet werden, dass sie der Petition zustimmt.

Dieter Galas